



STELLUNGNAHME

zum

**Referentenentwurf eines Gesetzes zur Förderung europäischer audiovisueller Werke
durch eine Investitionsverpflichtung
für Mediendiensteanbieter**
Mediendienste-Investitionsverpflichtungs-Gesetz
(MedienInvestVG - REF-E)

Berlin, 13.Mai 2026

An den
Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien
Herrn Kulturstatsminister Wolfram Weimer
KM 56 – Wirtschaftliche Filmförderung
Referatspostfach: KM56@bkm.bund.de

Sehr geehrter Wolfram Weimer,
sehr geehrter Dr. Frank Castenholz,

der Bundesverband Regie bedankt sich für die Übersendung des Gesetzesentwurfs zum Mediendienste-Investitionsverpflichtungs-Gesetz und die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Entwurf verpflichtet aus unserer Sicht alle Betreiber von VOD-Diensten in angemessener Weise. Der Entwurf nimmt sich damit der drängenden Umstände der Branche an und verpflichtet bestehende und neue, öffentlich-rechtliche wie private, nationale wie internationale Akteure im gleichen Maß. Wir wünschen uns sehr, dass dadurch insbesondere die internationalen Anbieter angemessen und wie in anderen europäischen Ländern auch zum Medienstandort Deutschland beitragen werden, und die im Übrigen mindestens 15% betragen sollte.

Wir hoffen sehr, dass angesichts der stark sinkenden Aufträge (minus 25 % mit steigender Tendenz im fiktionalen Bereich und bis zu 75% im non-fiktionalen Bereich), und angesichts der dramatisch sinkenden Werbeeinnahmen für den AV-Sektor, die Maßnahmen zügig greifen können, damit die in dieser Branche arbeitenden Menschen weiterhin in ihren Berufen tätig sein können.

Gleichzeitig sehen wir, dass für das Steueranreizmodell, einen wesentlichen Regelungsbereich der Filmwirtschaft, noch keine Vorschläge vorliegen oder keine Übereinkünfte erzielt worden sind. **Allen Teilen der Filmwirtschaft muss bewusst sein, dass nur, wenn die vielen Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Abkommen ineinandergreifen, sie die Wirkung entfalten können, die alle dringend benötigen.**

Es mag ungewöhnlich erscheinen, dass ein Urheberverband sich zu einem Gesetzesentwurf äußert, der sich ausschließlich auf Rahmenbedingungen von Medienanbietern und Filmherstellern bezieht. Wir gehen von einer Sicht auf die Branche aus, dass alle wesentliche Akteure einen Beitrag leisten müssen, um die aktuellen Herausforderungen anzugehen. Die Intensität des Wandels ist dramatisch, die sozialen Folgen werden es ebenfalls sein und sind es bereits jetzt. Tausende von Menschen werden aus der Branche abwandern, der Nachwuchs bleibt weitgehend chancenlos, wir erwarten eine erhebliche Anzahl von Insolvenzen, es wird harte Marktberäuberungen geben. Das trifft die Branche in einer Zeit von intensiven medienpolitischen Auseinandersetzungen um den öffentliche-rechtlichen Rundfunk, was diese Umstände erheblich befördert hat.

Es muss aus unserer Sicht eine neue Form der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität gefunden werden und das vorgelegte Mediendienste-Investitionsverpflichtungs-Gesetz (REF-E) kann ein wesentlicher Baustein dazu sein.

In diesem Sinn unterstützen die vorgeschlagene Maßnahme.

Mai 2024



CORNELIA GRÜNBERG
Sprecherin des BVR
für die Angelegenheiten
der deutschen Filmförderung



JOBST OETZMANN
BVR

Für Rücksprachen

CORNELIA GRÜNBERG

Sprecherin des BVR für die Angelegenheiten der Filmförderung

cornelia.gruenberg@regieverband.de

0177 – 274 75 85

JOBST OETZMANN

jobst.oetzmann@web.de

0171 – 75 80 444



BUNDESVERBAND REGIE e.V. (BVR)

Geschäftsstelle

Markgrafendamm 24 - Haus 18

10245 Berlin

Tel.: +49-30-21005 159

info@regieverband.de

www.regieverband.de

Der Bundesverband Regie BVR wurde 1975 gegründet und vertritt die künstlerischen, materiellen, politischen und ideellen Interessen von über 550 Regisseurinnen und Regisseure in Deutschland vorwiegend im fiktionalen Bereich gegenüber Produzenten, Sendern und Verwertern, sowie der nationalen und europäischen Politik in allen Fragen des Urheberrechts, des Verwertungsgesellschaftenrechts (VGG) und der Film- und Medienpolitik. Der BVR verhandelt Gemeinsame Vergütungsregeln mit allen öffentlich-rechtlichen und privaten Sendeanstalten, Verwertern und Produzenten.